

**NIEDERSCHRIFT**

(öffentlicher Teil)

**Sondersitzung des Ausschusses für Soziales zum Thema "Drogen-  
szene Krähenteich" - Gemeinsame Sitzung mit dem Ausschuss für  
Umwelt, Sicherheit und Ordnung**

|                 |   |
|-----------------|---|
| Sitzungstermin: | Dienstag, 17.09.2019  |
| Sitzungsbeginn: | 16:00 Uhr   |
| Sitzungsende:   | 17:40 Uhr   |
| Sitzungsort:    | Großen Sitzungssaal (Haus Trave 7.OG), Kronsfordter Allee 2- 6, 23560 Lübeck, |

**Anwesende Mitglieder****Vorsitz**

Ingo Schaffenberg - SPD

**Mitglieder aus der Bürgerschaft**

Aydin Candan - SPD

Michelle Akyurt - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

Gabriele Friemer - Die Unabhängigen

Bruno Hönel - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

Volker Nehrhoff - CDU

Vertretung für: Herrn Dr. Carsten  
Grohmann

Dr. Werner Vieler - AfD

Aneta Wolter - CDU

**stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.**

Sophie Bachmann - SPD und Lübecker Jugendring

Angelika Büche - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

Nil Gersdorf - CDU

Andreas Müller - Die Linke

Gabriele Ulrich - SPD

Gregor Voht - FREIE WÄHLER &amp; GAL

Dr. Axel Walther - FDP

**Verwaltung**

Senator Sven Schindler - FB 2 - Wirtschaft und Soziales

Manuel Hertz - FBC FB2

Matthias Wulf - Soziale Sicherung

Dr. Michael Hamschmidt - Gesundheitsamt

**Protokollführung**

|  |              |
|--|--------------|
| Gitte Timmermann - Soziale Sicherung   |              |
| <b>Gäste</b>                           |              |
| Karin Mechnich -                       |              |
| <b>Beiratsmitglieder</b>               |              |
| Wolfgang Domeyer - Seniorenbeirat      |              |
| <b>Entschuldigte Mitglieder</b>        |              |
| <b>Mitglieder aus der Bürgerschaft</b> |              |
| Dr. Carsten Grohmann - CDU             | entschuldigt |

## Tagesordnung:

### Öffentlicher Teil:

|     |  |                      |
|-----|--|----------------------|
| 1   | Eröffnung / Begrüßung / Verpflichtung der Ausschussmitglieder, die nicht der Bürgerschaft angehören  |                      |
|     |  |                      |
| 2   | Feststellung der Beschlussfähigkeit  |                      |
|     |  |                      |
| 3   | Feststellung der Tagesordnung  |                      |
|     |  |                      |
| 4   | Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft  |                      |
|     |  |                      |
| 4.1 | BM Möller - Dringlichkeitsantrag: Sofortmaßnahmen im Wohngebiet Aegidienviertel  | <b>VO/2019/07842</b> |
|     |  |                      |
| 4.2 | Antrag von CDU und SPD zu VO/2019/7842 Maßnahmenpaket Wohngebiet Aegidienviertel   | <b>VO/2019/07867</b> |
|     |  |                      |
| 5   | Anträge von Ausschussmitgliedern   |                      |
|     |  |                      |
| 5.1 | Dringlichkeitsantrag der AM Hönel, Akyurt und Büche (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN):<br>Maßnahmen zur Entspannung der Drogensituation am Krähenteich und Drogenstrategie für das gesamte Stadtgebiet | <b>VO/2019/08182</b> |
|     |  |                      |
| 5.2 | AM Schaffenberg u. Candan (SPD), Grohmann (CDU), Voht (FW): Dringlichkeitsantrag:<br>Maßnahmen gegen illegalen Drogenhandel und -konsum am Krähenteich und im gesamten Stadtgebiet             | <b>VO/2019/08164</b> |
|     |  |                      |

Öffentlicher Teil:

**zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Verpflichtung der Ausschussmitglieder, die nicht der Bürgerschaft angehören**

Der Vorsitzende eröffnet die Sondersitzung zum Thema „Krähenteich/Aegidienviertel“ des Ausschusses für Soziales in der Wahlperiode 2018/2023.

Er begrüßt die Mitglieder des Ausschusses für Soziales, die VertreterInnen der Verwaltung sowie die Öffentlichkeit.

**zu 2 Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Der Vorsitzende begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

**zu 3 Feststellung der Tagesordnung**

Der Vorsitzende schlägt vor, für die auf der Tagesordnung stehenden TOP 4.1. und TOP 4.2 sowie TOP 5.1 und TOP 5.2 eine gemeinsame Beratung zusammen mit dem Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung (USO) vorzunehmen.

Im Anschluss an die Beratung erfolgt dann in den getrennten Ausschüssen die Abstimmung zu den verschiedenen Anträgen.

Der Ausschuss beschließt einstimmig, die gemeinsame Beratung.

**Die Tagesordnung ist damit mit den beschlossenen Veränderungen festgestellt.**

Der Vorsitzende Herr Schaffenberg übernimmt nun die Leitung der gemeinsamen Sitzung.

**zu 4 Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft**

**zu 4.1 BM Möller - Dringlichkeitsantrag: Sofortmaßnahmen im Wohngebiet Aegidien-  
viertel  
Vorlage: VO/2019/07842**

Gemeinsame Beratung der TOP 4.1 und Top 4.2 sowie TOP 5.1 und 5.2

## **Beschluss:**

- 1. Der Bürgermeister wird gebeten, den im Wohngebiet Aegidienviertel gelegenen sogenannten „Drogenplatz“ An der Mauer/Krähenstraße umgehend in die Liste der „Angsträume“ mit oberster Priorität aufzunehmen.**
- 2. Weiterhin ist als Erstmaßnahme der sofortige Totalrückschnitt des Buschwerks auf dem „Drogenplatz“ zu veranlassen mit dem Ziel, die Einsehbarkeit des Platzes herzustellen und damit dem ungestörten Dealen entgegenzuwirken.** (Eine Befreiung von der Fällverbotsfrist vom 1. März – 30. September, Bundesnaturschutzgesetz dürfte kein Problem sein, da aufgrund des regen Treibens auf dem Platz keine Nistplätze von besonders geschützten Tieren zu erwarten sind.)

Der Vorsitzende lädt Herrn Polizeidirektor Olbrich ein, zunächst einen Überblick zur Situation am Krähenteich zu geben.

Der Ausschussvorsitzende beantragt das Rederecht für Frau Mechnich von der AWO.

## **Die Ausschussmitglieder erteilen Frau Mechnich einstimmig das Wort.**

Herr Olbrich berichtet, dass man sich seit 2017 sehr strategisch der Problematik angenommen hat und von Maßnahmen der Polizei die in der Vergangenheit gemeinsam mit der Bundespolizei, dem städtischem Ordnungsdienst und der Ausländerbehörde durchgeführt wurden.

Diese Maßnahmen haben bereits gegriffen, führten aber trotzdem nicht zur Reduzierung der Verunsicherung der BürgerInnen.

Er berichtet, dass diese Maßnahmen wiederholt werden und man sehr genau beobachten wird, dass eine Verlagerung der Szene zum Beispiel an den ZOB oder in andere Stadtteile ausbleibt.

Er führt ferner aus, dass man sich der Aufgabe stellen muss und beginnen muss, und eine Planung nicht bis ins Detail möglich ist, da man die tatsächliche Entwicklung dabei betrachten muss.

Zielsetzung ist es im Frühjahr 2020 diese Drogenszene am Krähenteich/Aegidienviertel in der jetzigen Form aufzulösen.

Herr Dr. Hamschmidt erläutert hierzu die bereits umfangreichen Kooperationen in der Hansestadt Lübeck und verweist auf das gesamtstädtische trägerübergreifende Suchtpräventionskonzept, das dem Ausschuss für Soziales vorgestellt wurde, welches allerdings auf alle Süchte eingeht.

Er weist auf die personelle Ausstattung bei der Gesundheitsförderung/Suchthilfekoordination (1 Stelle) und die notwendige personelle Verstärkung der bestehenden Suchtberatungsstellen mit Migrationshintergrund hin.

Er stellt dar, dass es ein Suchtpräventionsnetzwerk an den Lübecker Schulen gibt.

Er kündigt einen Zwischenbericht der beiden seit Frühjahr 2019 tätigen Streetworker der AWO und Diakonie zum Jahresende an, anhand dessen man sich über die Ausweitung des Streetworks auf das gesamte Stadtgebiet austauschen kann.

Der Vorsitzende erteilt Frau Mechnich von der AWO Suchthilfe Lübeck das Wort, um von der Arbeit zu berichten.

Frau Mechnich berichtet von den Begegnungen im Kontaktladen in der Wahnstraße und die Nutzung durch die Betroffenen. Sie stellt dar, dass durch die Verlagerung der Szene eine größere Mobilität erforderlich werden wird, da die betroffenen nicht weg, sondern nur woanders sind. Wie sich das auf die Auslastung und Nutzung des Kontaktladens auswirken wird, bleibt abzuwarten.

Hierzu sprechen Herr Hönel, Herr Lüttke (USO), Frau Akyurt, Herr Zahn (USO), Herr Voht und Herr Müller (AfS).

Herr Senator Hinsen ergänzt, dass man sich dieser Problematik nur gemeinsam annehmen kann und das Ziel nur sein kann, keine offene Drogenszene zu haben und die strikte Trennung zwischen den Kriminellen und den Kranken gezogen werden muss.

Es sprechen hierzu Frau Friemer, Herr Langbehn (USO), Herr Hönel, Frau Friedrichsen (USO), Herr Hinrichs (USO), Frau Akyurt und Herr Schaffenberg.

**Der Ausschuss empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig gemäß Beschlussvorschlag zu entscheiden.**

|  |
|--|
| <b>zu 4.2</b> <b>Antrag von CDU und SPD zu VO/2019/7842 Maßnahmenpaket Wohngebiet Aegidienviertel</b><br><b>Vorlage: VO/2019/07867</b> |
|--|

Beratung siehe TOP 4.1

**Beschluss:**

Der Bürgermeister wird gebeten,

ein fachbereichsübergreifendes Konzept vorzulegen, das im Rahmen der städtebaulichen Neugestaltung der südlichen Altstadtinsel folgende Punkte beinhaltet:

1. Im Zuge des Rahmenplanes Innenstadt wird auch der Platz an Ecke An der Mauer/ Rehderbrücke umgestaltet, um die dortige Aufenthaltsqualität für Anwohner und Gäste der Hansestadt zu verbessern.
2. Ergänzend werden die eingeleiteten fachbereichsübergreifenden Maßnahmen weiter entwickelt, um die Drogenszene in der Hansestadt Lübeck zurück zu entwickeln.
3. Die erfolgreiche Arbeit von Stadt und Polizei zur Bekämpfung der Kriminalität und zur Betreuung der Suchtkranken wird fortgesetzt und wenn nötig intensiviert.

**Der Ausschuss empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig gemäß Beschlussvorschlag zu entscheiden.**

|   |
|---|
| <b>zu 5</b> <b>Anträge von Ausschussmitgliedern</b> |
|---|

|  |
|--|
| <b>zu 5.1</b> <b>Dringlichkeitsantrag der AM Hönel, Akyurt und Büche (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN):</b><br><b>Maßnahmen zur Entspannung der Drogensituation am Krähenteich und Drogenstrategie für das gesamte Stadtgebiet</b> |
|--|

Beratung siehe TOP 4.1

**Beschluss:**

Die Verwaltung wird aufgefordert,

I. Zur Entspannung der Drogensituation am Krähenteich folgende Maßnahmen umzusetzen:

1. Der Grünrückschnitt am Drogentreffpunkt Krähenteich ist umgehend vorzunehmen. Der Bewuchs auf dem Platz ist fortlaufend niedrig zu halten und zu pflegen.
2. Das Drogenmobil der AWO ist 2020 umzusetzen. Das Drogenberatungsmobil wird gestartet mit 4 Halbtagsstellen. Die haushaltsmäßige Ordnung ist herzustellen. Nach einem Jahr erfolgt eine Evaluation. Der Bericht ist dem Sozialausschuss vorzulegen.

II. Darüber hinaus eine nachhaltige Drogenstrategie für das gesamte Stadtgebiet unter folgender Maßgabe zu entwickeln:

In Zusammenarbeit mit den relevanten freien Trägern in den Bereichen der Drogenhilfe und Substanzmissbrauchsprävention wird eine kommunale Drogenstrategie für das gesamte Lübecker Stadtgebiet erarbeitet, die sich an den vier Grundpfeilern der Sucht- und Drogenpolitik **(1) Prävention, (2) Beratung und Therapie, (3) Schadensbegrenzung und Überlebenshilfen** sowie **(4) Angebotsreduzierung** orientiert.

Im Rahmen der Konzepterstellung muss sichergestellt werden, dass die Lübecker Drogenstrategie im Einklang mit gesetzlichen Regelungen von Bund und Land, also der nationalen Strategie und dem entsprechenden Landeskonzept zur Sucht- und Drogenprävention in Schleswig-Holstein steht.

Als prioritäres Ziel des suchtpreventiven Handelns soll die Drogenstrategie die Vermeidung von schädlichem Konsum oder Abhängigkeit vorsehen. Vor diesem Hintergrund soll das Konzept auf der Grundlage folgender Zielvereinbarung erarbeitet werden:

- 1) Förderung eines verantwortungsvollen Umgangs mit legalen Suchtmitteln in der Bevölkerung
- 2) Verhinderung des Einstiegs in den Konsum illegaler Suchtmittel
- 3) Unterstützung Abhängiger bei dem Ausstieg aus der Abhängigkeit von Suchtmitteln
- 4) Verbesserung des Gesundheitszustandes von Süchtigen
- 5) Schutz der Lübecker Bevölkerung vor Drogen- und Suchtkriminalität und anderen Begleiterscheinungen des Drogenkonsums

Im Rahmen des Konzeptes sollen alle bestehenden Angebote im Bereich der Drogenhilfe, Substanzmissbrauchs- und Kriminalprävention einbezogen und in Abhängigkeit von deren Nutzen im Gesamtkonzept dargestellt und evaluiert werden.

Insbesondere ist auf eine Verzahnung der Verwaltungsbereiche Eingliederungs- und Jugendhilfe, Soziale Sicherung, dem Gesundheits- und Jugendamt, dem sozialpsychiatrischen Dienst, der Stabstelle Integration, den Akteuren der Sucht- und Kriminalprävention sowie allen relevanten gemeinnützigen und freien Trägern (u.a. Gemeindediakonie, Caritas e.V, AWO Schleswig-Holstein gGmbH und AWO Lübeck e.V., Vorwerker Diakonie, DIE BRÜCKE Lübeck gGmbH, Resohilfe Lübeck, Lübecker Flüchtlingshilfe e.V.) hinzuwirken.

Im Rahmen der Drogenstrategie werden die von der Stadt in Kooperation mit den freien Trägern und Akteuren geförderten Hilfeangebote jährlich in einem Dokumentationsbericht zusammengefasst und dem Sozialausschuss vorgestellt. Dieser Bericht soll die Basis der sozialplanerischen Weiterentwicklung der Sucht- und Drogenhilfe in Lübeck darstellen.

Als integrale Bestandteile dieses Konzeptes sind insbesondere die folgenden Maßnahmen zu prüfen und der Bürgerschaft über ihren Nutzen, Kosten und Umsetzbarkeit Bericht zu erstatten, sofern diese nicht bereits vorhanden sind:

### 1) Maßnahmen zur Drogen- und Suchtprävention

- Ausbau der Verwaltungsinternen Koordinationsstelle für kommunale Drogen- und Suchtprävention beim Gesundheitsamt, welche die Umsetzung der Drogenstrategie in enger Zusammenarbeit mit allen beteiligten Akteuren begleitet, eine Koordinierungs- und Steuerungsfunktion im Bereich der Prävention und Versorgung von suchtkranken und gefährdeten Menschen sowie deren Angehörigen einnimmt und gemeinsame Handlungskomplexe installiert
- Personelle Stärkung der bestehenden Suchtberatungsstellen um auch Menschen mit Migrationshintergrund, aber auch die Familien und Angehörigen der Betroffenen ausreichend und vollumfänglich unterstützen zu können
- Stärkung der psychosozialen Beratung (auch in Fragen der Eingliederungshilfen gemäß BTHG) und Versorgung Geflüchteter und besonders substanzmissbrauchsgefährdeter Flüchtlinge in enger Zusammenarbeit mit dem Lübecker Gesundheitsamt sowie anderen relevanten Akteuren, wie beispielweise der Lübecker Flüchtlingshilfe, der Traumaambulanz für Geflüchtete am Zip Lübeck oder der gemeinnützigen therapeutischen Einrichtung „Die Brücke“
- Installation und Finanzierung eines flächendeckenden Suchtpräventionsnetzwerkes an den Lübecker Schulen
- Jährliche Durchführung eines Monitoring System „Drogentrends“, in welchem eine repräsentative Stichprobe Lübecker Schüler\*innen zu ihrem Konsum legaler und illegaler Drogen befragt werden mit dem Ziel, Entwicklungen und Trends frühzeitig zu erkennen, um geeignete, vor allem präventive Maßnahmen, planen zu können (analog zum Frankfurter Modell)

### 2) Maßnahmen zur medizinischen und sozialen Versorgung der Drogenabhängigen

- Ausweitung der mobilen Drogenhilfe auf das gesamte Stadtgebiet in enger Abstimmung mit den jeweils zuständigen Streetworker\*innen bzw. Sozialarbeiter\*innen
- Schaffung weiterer Angebote im Rahmen der Substanzmissbrauchs- und Rückfallprävention für die gezielte Unterstützung der folgenden Personengruppen im gesamten Stadtgebiet entsprechend der charakteristischen Erfordernisse
  - Haftentlassene
  - Ältere Drogenabhängige
  - Jugendliche Drogenabhängige
  - Drogenabhängige Eltern sowie deren Kinder

- Eingehen einer Kooperationsvereinbarung mit einem freien Träger zur Einrichtung eines Drogenkonsumraumes. Dabei ist in regelmäßigen Informationstreffen der Kooperationspartner sicherzustellen, dass der Konsumraum seine Arbeit erfolgreich und im Sinne der Betroffenen umsetzen kann. Vor diesem Hintergrund muss sich die Verwaltung auf Landesebene zunächst dafür einsetzen die entsprechenden Rahmenrichtlinien zur Inbetriebnahme eines Drogenkonsumraumes zu verabschieden.
- Bereitstellung bedarfsorientierter Finanzmittel zur Erhöhung der Kontaktanzahl bei drogenabhängigen Flüchtlingen und substanzmissbrauchsgefährdeten Bewohner\*innen der Lübecker Flüchtlingsunterkünfte in Zusammenarbeit mit freien Trägern und Akteuren der Flüchtlingshilfe und psychosozialen Beratung mit Unterstützung von Sprachmittler\*innen.
- Schaffung weiterer Angebote für Menschen mit Migrationshintergrund unabhängig von deren Aufenthaltsstatus mit den Doppeldiagnosen psychische Erkrankung/ Trauma und Sucht unter Einbeziehung und in enger Kooperation der entsprechenden Facharbeitskreise, wie beispielweise dem Arbeitskreis für Psychiatrie und Migration (Landesebene) oder dem Asyl-, Migrations- und Integrationsfond (AMIF) (**siehe Psychiatriebericht und Handlungsempfehlungen**)
- Zusammenführung der Psychosozialen Beratungsstellen der AWO-Drogenhilfe und Vorwerker Diakonie zur gesonderten Betreuung Substituierter und Schaffung von Planungssicherheit über langfristige Budgetverträge
- Schaffung eines Arbeits- und Beschäftigungsprojekts für Substituierte zur beruflichen und sozialen Integration über eine Kooperationsvereinbarung der Suchtberatung mit der gemeinnützigen GmbH integra oder einer vergleichbaren Institution

Die Drogenstrategie wird der Bürgerschaft zur Haushaltssitzung 2020 zur Beschlussfassung vorgelegt.

Hierzu sprechen Herr Hönel, Herr Lüttke (USO) Frau Akyurt, Herr Schaffenberg.

Herr Senator Hinsen stellt eine weitere Berichterstattung in Aussicht.

Herr Müller beantragt die punktweise Abstimmung der beiden Anträge zu TOP 51 und TOP 5.2..

Abstimmung:

#### **TOP 5.1 I.**

**Der Ausschuss empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig antragsgemäß zu entscheiden.**

#### **TOP 5.1 II.**

**Der Ausschuss empfiehlt mit 5 Ja-Stimmen und 10 Nein-Stimmen der Bürgerschaft mehrheitlich, den Antrag abzulehnen.**

**zu 5.2 AM Schaffenberg u. Candan (SPD), Grohmann (CDU), Voht (FW): Dringlichkeitsantrag:  
Maßnahmen gegen illegalen Drogenhandel und -konsum am Krähenteich und im gesamten Stadtgebiet  
Vorlage: VO/2019/08164**

## **Gemeinsame Beratung TOP 4.1**

### **Beschluss:**

1. Der in der Vergangenheit bereits erprobte Grünrückschnitt ist am Platz am Krähenteich umgehend erneut vorzunehmen und künftig ist der Bewuchs auf dem Platz fortlaufend niedrig zu halten. Ebenso sind die Grünflächen im Umfeld des Platzes künftig stärker zu pflegen.
2. Das Streemo der AWO ist 2020 umzusetzen. Benötigte Haushaltsmittel sind dafür freizugeben. Das Drogenberatungsmobil wird gestartet mit 4 Halbtagsstellen, die ebenso aus dem städtischen Haushalt zu finanzieren sind. Nach einem Jahr ist ein evaluierter Bericht dem Sozialausschuss vorzulegen, um den Bedarf erfassen und gegebenenfalls anpassen zu können.
3. Der Bürgermeister ist weiterhin aufgefordert ein kommunales Konzept zum Umgang mit Suchterkrankungen in Lübeck zum Beschluss durch die Bürgerschaft vorzulegen. Insbesondere ist der Personalbedarf für ein funktionierendes Street-Working im gesamten Stadtgebiet zu ermitteln. Auch Präventionsarbeit an Schulen soll Bestandteil der Konzeption sein. Einzubeziehen sind: AWO Drogenhilfe, Vorwerker Diakonie Suchthilfe, Gemeindediakonie (Gesundheitsmobil) und Selbsthilfegruppen wie CLIC e.V.
4. Der Bürgermeister ist aufgefordert zu berichten, welche Auswirkungen die Schließung des Drogentreffpunktes Krähenteiches auf die gesamte Szene hat und wo in den nächsten Jahren Hotspots sein könnten. Insbesondere möge er berichten, welche Maßnahmen notwendig sind, um neue Hotspots mit Streetworkern und einem abgestimmten Sicherheitskonzept, analog dem Sicherheitskonzept von Hannover, entgegen zu wirken.
5. Unterjährig in 2020 relevante Finanzentscheidungen sind vor Umsetzung dem Haupt- u. Sozialausschuss zu berichten.

Abstimmung:

### **TOP 5.2. Ziff. 1**

**Der Ausschuss empfiehlt der Bürgerschaft mit 13 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen einstimmig gemäß Beschlussvorschlag zu entscheiden.**

### **TOP 5.2 Ziff. 2**

**Der Ausschuss empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig gemäß Beschlussvorschlag zu entscheiden.**

### **TOP 5.2 Ziff. 3**

**Der Ausschuss empfiehlt der Bürgerschaft mit 12 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen mehrheitlich gemäß Beschlussvorschlag zu entscheiden.**

### **TOP 5.2 Ziff. 4**

**Der Ausschuss empfiehlt der Bürgerschaft mit 11 Ja-Stimmen und 4 Enthaltungen mehrheitlich gemäß Beschlussvorschlag zu entscheiden.**

**TOP 5.2 Ziff. 5**

**Der Ausschuss empfiehlt der Bürgerschaft mit 12 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen mehrheitlich gemäß Beschlussvorschlag zu entscheiden.**

Der Vorsitzende schließt die Sitzung.

Lübeck, den 3. Februar 2020

Ingo Schaffenberg  
Vorsitzende/r

Gitte Timmermann  
Protokollführung